

Kostenkummer mit der BA-Service Nummer

Keine Kosten – keine Rücksicht auf die Gesprächsdauer. Das klingt wie Werbung für einen Telefonvertrag. Ist es aber nicht. Es ist die skandalöse Begründung der Bundesregierung, warum ein Telefongespräch mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) dem Anrufer 3,9 Cent pro Minute kostet. Nun ist es aber nicht so, dass Menschen die BA anrufen, weil sie jemanden zum Plaudern suchen. Nein, die Menschen, die die BA-Service Nummer wählen, benötigen Hilfe, Rat und Unterstützung. Es sind in der Regel Erwerbslose, die wenig Geld haben und Arbeit suchen.



Diana Golze

Dass die BA eine telefonische Beratung anbietet, ist grundsätzlich zu begrüßen. Dadurch werden die örtlichen Arbeitsagenturen entlastet. Doch diese Einsparungen gibt die Bundesagentur bedauerlicherweise nicht an ihre „Kunden“ weiter. Im Gegenteil: Ratsuchende müssen eine kostenpflichtige 01801-Nummer anwählen und werden somit zusätzlich finanziell belastet. Diese Mehrkosten müssen selbst jene Anrufer zahlen, die über einen Flatrate-Vertrag verfügen. Erschreckend ist die Begründung der Bundesregierung, warum keine kostenfreie Verbindungsart eingerichtet wurde. Diese beruhe „ein erhöhtes Kostenrisiko, da die Anrufer auf die

Gesprächsdauer keine Rücksicht nehmen müssten.“ Mit dieser zynischen Begründung stellt die Bundesagentur für Arbeit nicht nur die Qualität ihrer für Erwerbslose notwendigen Beratungsdienste in Frage, sondern bürdet den Erwerbslosen erhebliche Kosten auf. Der Eckregelsatz für Beziehende von SGB-II-Leistungen beinhaltet eine monatliche Summe für Kommunikationsdienstleistungen von rund 23 Euro (Bundestagsausschussdrucksache 16(11)286). Nach Abzug der Grundgebühr bleibt somit kaum noch Geld für Anrufe übrig. Die „Kunden“ zahlen etwa dreimal mehr als für ein normales Gespräch, wenn sie die Agentur erreichen wollen. So wird auf Kosten der Erwerbslosen zugunsten der Telekom entschieden, die bei mehr als 50 Millionen Anrufen pro Jahr von den Service-Nummern profitiert. Aus diesem Grund fordert DIE LINKE im Bundestag in ihrem Antrag (16/9097), dass der Telefonservice der Bundesagentur für Arbeit gebührenfrei wird. Es ist nicht akzeptabel, dass Arbeitssuchende mit einer Gebühr von 3,9 Cent pro Minute belastet werden.

Dass es auch anders geht, beweist die Deutsche Rentenversicherung. Sie hat für ihre „Kunden“ eine telefonische Beratung unter der kostenfreien Service-Nummer 0800 1000 4800 eingerichtet. Hier rechnet man offensichtlich nicht mit „einem erhöhten Kostenrisiko“. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die Bundesagentur anzuweisen, dass die bisher kostenpflichtige bundesweite Service-Nummer der Bundesagentur für Arbeit in eine gebührenfreie Rufnummer umgewandelt wird. Ich gehe davon aus, dass keiner länger als nötig telefonieren wird – jedenfalls nicht mit der Bundesagentur für Arbeit.

Diana Golze

Inhalt

- 2 Gericht folgt der Wirklichkeit
- 2 Geburtstagsfeier im Nachbarschaftstreff Görsden der Volkssolidarität
- 3 Bemerkenswerte Vielfalt des AG Lebens
- 3 Der Ball ruht
- 4 Umwerfend diese Rentenerhöhung!
- 4 Dank an Hans Meuer
- 5 Schwarzer Kaffee statt schwarzer Kasse



Gericht folgt der Wirklichkeit

Das Bundessozialgericht hat entschieden die Anrechnung der Kosten der Krankenhausverpflegung auf das ALG II ist rechtswidrig

Das Bundessozialgericht hat eine weitreichende Entscheidung getroffen. Die Anrechnung der Krankenhauspflege auf das ALG II ist rechtswidrig. Damit wurde die u.a. auch von mir vertretene Rechtsauffassung bestätigt. Bezueher von Arbeitslosengeld II (ALG II), die von dieser Kürzung der Leistungen aufgrund eines Krankenhausaufenthalts betroffen sind, sollten sofort Widerspruch einlegen. Bei Altfällen kann die Leistung über einen Überprüfungsantrag zurückgefordert werden.

Der 14. Senat des Bundessozialgerichtes erklärte in der Entscheidung vom 18.06.2008(Az. B 14 A S 22/07 R) die Anrechnung auf das ALG II für rechtswidrig. Demnach kann weder die Regelleistung an eine verringerte Bedarfsleistung angepasst, noch die Vollverpflegung einer stationären Einrichtung als Einkommen angerechnet werden. Der Klägerin wurde die ALG-II-Leistung für die Zeit eines Krankenhausaufenthalts im Jahr 2006 um 36% gekürzt. Das Bundessozialgericht hat ihr nun den vollen Leistungssatz zugesprochen.

Das Gericht folgt damit im Wesentlichen der Argumentation und der Wirklichkeit, dass bei einem Krankenhaus in der Regel höhere Kosten anfallen, als Einsparungen auftreten. Ein Krankenhausaufenthalt ist an sich schon schlimm, eine Kürzung hinnehmen zu müssen und damit für die Bedarfsgemeinschaft noch weniger Geld zu haben, macht nicht nur betroffen sondern auch wütend. Die mehrheitliche Rechtsprechung der Landessozialgerichte und auch der Petitionsausschuss den Bundestages hatte im vergangenen Jahr eine Abkehr von dieser un-

glücklichen Regelung gefordert.

Auch deshalb kann ich nicht verstehen, dass noch im Dezember 2007 eine Verordnung von Arbeitsminister Olaf Scholz(SPD) erlassen wurde, in der die Verpflegung im Krankenhaus als „Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit“ erneut vorgesehen war.

Ich halte auch diese ab 01.01.2008 geltende Verordnung von Herrn Scholz für rechtswidrig. Das Ministerium darf nach meiner Auffassung nicht ohne Beteiligung des Parlaments festlegen, was bei ALG II als Einkommen zählt. Sie verstößt gegen den verfassungsrechtlich garantierten Grundsatz der Gleichbehandlung. Gerade in der praktischen Umsetzung erweist sich die Verordnung als wenig gebrauchsfähig, die ALG-II-Behörden können sie meist nur fehlerhaft umsetzen, wie zahlreiche Gesprächserfahrungen aus meiner Arbeit belegen.

Ich rufe alle Betroffenen zum Widerspruch auf, wenn die Leistung wegen des Krankenhaus- bzw. Kuraufenthaltes weiterhin gekürzt werden. Bei Altfällen hat die ARGE zu Unrecht gekürztes Geld an die Betroffenen zurückzuzahlen. Es ist ratsam einen Überprüfungsantrag nach §44 SGB X zu stellen. Die Behörde muss dann gekürzte ALG-II-Leistungen bis zu 4 Jahre rückwirkend nachzahlen. Wegen angeblicher Überzahlung von der ARGE zurückgeforderte Gelder sind selbstverständlich ebenfalls an den Betroffenen wieder zurückzuzahlen. Diese Rechtsinfos sind ebenfalls in der Geschäftsstelle der LINKEN bei mir erhältlich. Petra Zimmermann

Geburtstagsfeier im Nachbarschaftstreff Görden der Volkssolidarität

Ob zu BO Versammlungen der LINKEN, ob zur Festkomiteesitzung oder zu Veranstaltungen der Volkssolidarität, im Nachbarschaftstreff sind wir gerne zu Gast.

Am 1. Juli war der 9. Geburtstag des Nachbarschaftstreffs. Es war an alles gedacht. Ehrenamtliche Bäckerinnen sorgten für Kuchen und Torten, Kaffee, Sekt und Wein dienten als Stim-

mungsmacher, Dr. Heinz Morio bewährte sich als Kabarettist und Musiker. Es wurde gesungen und geschmunzelt. Die Begeisterung demonstrierten die Gäste bei Gesang und Schunkeln. Die älteste Dame war übrigens 99 Jahre und topp fit. Danke an Frau Winter und ihrem Team. Rosi Musehold

Vielfalt im Leben der Senioren AG

Aktuelle Fragen der Seniorenpolitik. Zu diesem Thema hat die Senioren-AG mit unseren Stadtverordneten am 10. Juli 2008 eine Beratung durchgeführt, an der als Gäste die Sprecherin der Landes-Senioren-AG, Genossin Elke Böckmann, der Vorsitzende des Stadtverbandes, Genosse René Kretzschmar und die Sozialbeigeordnete, Birgit Hübner, teilnahmen. Am Beginn der Runde wurde die Sympathisantin, Marianne Stahlberg als neues Mitglied in die Senioren-AG aufgenommen.

Zu unserer Bilanz gehören eine Gesprächsrunde mit Sympathisanten unserer Partei, eine Buchlesung des Potsdamer Schriftstellers Walter Flegel, unsere Busfahrt nach Rheinsberg und Neuruppin sowie eine Dampferfahrt zur Ausflugsgaststätte Bühnenhaus. An diesen Veranstaltungen haben annähernd 140 Mitglieder und Sympathisanten teilgenommen. Doch bei aller bemerkenswerten Vielfalt unseres AG Lebens, angesichts der anhaltenden Einschnitte in die Lebensqualität der Menschen in Ost und West, muss sich unsere Senioren-AG intensiver als in der Vergangenheit mit den sozialen Problemen und den Erwartungen der Seniorinnen und Senioren auseinandersetzen.

Im Ergebnis einer lebhaften Diskussion, an der sich auch unsere Gäste mit fundierten Beiträgen beteiligten, wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte beschlossen: Eine aktive Teilnahme an der Rentenkampagne unserer

Partei, für die im September 2008 der Startschuss gegeben wird. Ein wichtiger Bestandteil dieser Kampagne wird die Forderung nach Angleichung der Rente Ost an das Niveau der Rente West sein;

damit im Zusammenhang steht die Bekämpfung der weiter zunehmenden Kinderarmut und der drohenden Altersarmut. Es ist ein Skandal ersten Ranges, dass in einem der reichsten Länder der Welt bundesweit mehr als 2,5 Millionen Kinder von Armut betroffen sind. Es ist auch skandalös, dass allein im Land Brandenburg etwa 70.000 Männer und Frauen trotz Arbeit Arbeitslosengeld 2 erhalten, weil sie weniger als 800 Euro im Monat verdienen. Im vorigen Jahrhundert prägte der Schriftsteller Valerin Marcu den Satz „Armut ist das sicherste gitterlose Gefängnis.“

Eine nachhaltiger Unterstützung der Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht des Seniorenbeirates unserer Stadt. Dabei geht es in erster Linie um Entscheidungen, die die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren berühren, wie es im Programm unseres Stadtverbandes zur Kommunalwahl am 28. September 2008 formuliert ist. Wenn heute bereits jeder vierte Brandenburger älter als 65 Jahre ist, dann rechtfertigt allein diese Tatsache ein Mitbestimmungsrecht des Seniorenbeirates, dem gewählte Mitglieder von Parteien, Vereinen und Verbänden angehören. Otto Mehlhase

Der Ball ruht

Über drei Wochen voller Spannung und Dramatik liegen hinter uns. Die UEFA- EURO 2008 hat alles geboten, was den Fußball für die Fans so anziehend macht. Spanien erwies sich eindeutig als beste Mannschaft und wurde verdient Europameister. Deutschland errang einen sehr guten 2. Platz.

Wie immer bei solchen Höhepunkten gab es auch Überraschungen. Favoriten strauchelten Italien, Frankreich, Niederlande, Portugal. Mannschaften, die vorher als nicht so stark eingeschätzt wurden, wie z.B. die Türkei und Russland, wuchsen über sich hinaus. Auch die Politik konnte in der Zeit der Europameisterschaft keinen Bogen um dieses Ereignis machen. Regierungschefs und Staatsoberhäupter suchten den Kontakt zum Fußballvolk und wohnten den Spielen bei. Bilder und Begriffe aus dem Bereich des Fußballs fanden Eingang in die Reden von Politikerinnen und Politikern, so auch auf dem Parteitag einer Partei in unserer Stadt. Übrigens, was die lokale Ebene anbetrifft: In all dem Trubel um die UEFA- EURO 2008 soll nicht vergessen werden,

dass es auch in unserer Stadt etwas zu feiern gab. Der BSC Süd 05 schaffte den Aufstieg in die Oberliga. Dazu möchten wir den Spielern, Trainern und dem gesamten Umfeld des Vereins unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Die Tage der Europameisterschaft zeigten auch, dass Sport verbindet, Menschen zusammenführt. Unvergesslich werden die Bilder der großen und kleinen Fanmeilen bleiben, auf denen gemeinsam gejubelt, gefeiert, gebangt und auch manchmal getrauert wurde. Lässt sich etwas von dieser schönen Atmosphäre in den Alltag, der uns nun wieder voll im Griff hat, mit hinübernehmen?

Hierzu ein Vorschlag: Wie wäre es z.B., wenn sich alle Beteiligten im jetzt anlaufenden Kommunalwahlkampf vom Geist sportlicher Fairness, sachlicher inhaltlicher Auseinandersetzung und der Achtung des politischen Gegners und Konkurrenten leiten ließen? Das wäre ein Sieg für die Demokratie, ein Sieg für uns alle!

Horst Maiwald

Umwerfend diese Rentenerhöhung!

Nun haben auch alle Brandenburger Rentner ihre neuen Rentenbescheide und der umwerfend erhöhte Rentenbetrag ist auf die einzelnen Konten bei den Geldinstituten überwiesen worden. Sicher, jeder hat gewusst, dass es für ein Konto in Lichtenstein nicht reicht, aber trotzdem geraten sämtliche „Haushaltsplanungen“ durcheinander. Was macht man mit diesem unerhörtem Reichtum? Nach Mallorca wäre eine Reise jetzt, in der Hochsaison, wenig sinnvoll. Sollte man am „Ballermann“ am Koma-Trinken teilnehmen? Völlig überflüssig so was gibt es auch in unserer Bundesrepublik. Trotzdem mit 1,1 Prozent Rentenerhöhung sollte man schon etwas besonderes unternehmen. Von der Bruttoerhöhung geht z.B. noch der Beitragssatz zur Krankenkasse ab. Aber immerhin selbst bei der Mindestrente sorgt die Erhöhung dafür, dass man sich noch 1 Tageskarte und einen Einzelfahrschein mehr bei unseren Verkehrsbetrieben leisten kann. Schon eine Fahrt mit der Straßenbahn kann ein Erlebnis sein. Man kommt – ohne Fahrplankennnisse- vormittags zur Haltestelle Kanalstraße und entdeckt: Nur 10 Minuten Wartezeit, bis die

Linie 1 kommt. Dann steigt man Ecke Fouquestraße um- in die Linie 2 zum Quenz. 28 Minuten hat man Zeit, die Umgebung zu betrachten, erst dann kommt der Anschluss in Form der Linie 2. Da kann man also lange unterwegs sein in unserer Stadt- und das alles für einen Einzelfahrschein zum Preis von nur 1,20 Euro!

Natürlich könnte man den sagenhaften „Zuwachs“ auf unseren Konten auch einfach zum Begleichen der Preiserhöhungen der letzten Monate nehmen aber dafür reicht dieses Geld ohnehin nicht!

Edith Altenkirch

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

Dank an Hans Meuer

DIE LINKE dankt Hans Meuer für die 18-jährige, ehrenamtliche Arbeit bei den Verkehrsbetrieben Brandenburg herzlich. Er hat die Entscheidungen zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Brandenburg seit 1990 jederzeit kritisch, aber auch mit dem notwendigen Realitätssinn begleitet.

Dabei hat er sich immer für diejenigen eingesetzt, die den ÖPNV nutzen und ihn auch für ihre Mobilität brauchen. Nicht alle Wünsche konnten in der langen Zeit realisiert werden. Trotzdem empfinde ich es gemeinsam mit



Hans Meuer

Hans Meuer als notwendig, dass die Straßenbahn in Brandenburg an der Havel erhalten bleibt. Sie gehört zur Stadt wie der Dom.

Hans Meuer hat uns aufgefordert, weiter an der barrierefreien Teilnahme der Menschen mit Behinderungen, Frauen mit Kindern und älteren Bürgern am ÖPNV zu arbeiten. Der ungehinderte Zugang zum ÖPNV ist für diese Gruppen noch nicht Überall gesichert.

Die Umsteigebeziehungen müssen vor allem am Nicolaiplatz und am Neustadt Markt verbessert werden. Nicht zuletzt müssen die Fahrpreise bezahlbar bleiben.

Für die Absicherung des ÖPNV stehen nicht nur die Verkehrsbetriebe in der Pflicht. Zuerst ist der Aufgabenträger, die Stadt Brandenburg, gefragt. Sie hat die Pflicht im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge, allen Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Mobilität zu ermöglichen.

Weitere Mittelkürzungen für den ÖPNV sind daher nicht vertretbar. Der Kürzungsbeschluss aus 2005 wird das ÖPNV-Angebot bis 2009 um 30% verringern. Mehr ist nicht hinnehmbar. DIE LINKE wird sich in diesem Sinne weiter für gut ausgestattete Verkehrsbetriebe, die ihrer Aufgabe erfolgreich nachkommen können, einsetzen.

An die Arbeit unseres Genossen Hans Meuer werden wir anschließen. Vielen Dank, Hans!

Matthias osterburg

Schwarzer Kaffee statt schwarzer Kasse

Da haben wir den Salat: Die Geschichte mit der schwarzen Kasse auf dem Bauhof, der seinerzeit von Herrn Gappert geleitet wurde, beruht offensichtlich auf einem Missverständnis. Die Mitarbeiter dort sagten wohl bei der Überprüfung, es handelt sich um die Kasse für den schwarzen Kaffee, aber jemand hat nicht richtig hingehört und daraus eine „schwarze Kasse“ gemacht. Und auch alle anderen Vergehen von Herrn Gappert seien so geringfügig, dass ein Verweis genügt hätte, eine fristlose Kündigung nicht gerechtfertigt ist, sagte die Richterin. Sie ist übrigens nur dem Gesetz verpflichtet. Ihr Angebot: Ein Vergleich. Das ist nicht der erste Fall dieser Art seit dem Amtsantritt von Frau Dr. Tiemann. Doch sie ist damit nicht einverstanden, will nun das Landesarbeitsgericht bemühen. Was soll man dazu sagen? Vielleicht dies: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Mächtigste in der Stadt? Wer ist unsere Oberbürgermeisterin sie setzt auch einen Richterspruch matt. – Manche Leute fragen sich übrigens, wer wohl die Nachfolge von Herrn Gappert antreten wird. Und böse Zungen behaupten, dass es bestimmt ein CDU-Mitglied sein wird oder wenigstens ein Sympathisant, der später Mitglied dieser Partei wird.

Ob sich außer besagter Richterin nun auch Marco Naue, Teamleiter der Brandenburger Geschäftsstelle der Bun-

desagentur für Arbeit (BA), den Unmut der CDU zugezogen hat? Belegte er mit handfesten Beispielen, dass die Arbeitnehmer in Ostdeutschland für die gleiche Arbeit oftmals deutlich weniger Lohn erhalten als die in den alten Bundesländern. Differenzen von 1000 Euro und mehr führt er dabei an. Er sprach auch darüber, dass Löhne unter sechs Euro sittenwidrig seien und keine Stellen für eine so geringe Bezahlung vermittelt werden. Und das verkündet er, obwohl das generelle Einführen von Mindestlöhnen von unserer Bundeskanzlerin Frau Merkel(CDU) resolut immer wieder abgelehnt wird!

Und wir wollen auch nicht vergessen, dass die gemeldeten Arbeitslosenzahlen nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Arbeitslose ab einer bestimmten Altersgrenze werden nicht mehr mitgezählt und 1 Euro-Jobber sowieso nicht. ABM-Kräfte sind eigentlich auch Menschen die Arbeit suchen und entsprechend bezahlt werden möchten. Gebetsmühlenartig kann man das jeden Monat wiederholen! Doch künftig wird sich Herr Naue so etwas sicher nicht mehr trauen. Er hat jetzt wieder eine Vorgesetzte. Die neue Leiterin der Arbeitsagentur in Brandenburg heißt übrigens Sandra Stahl, ist Dortmunderin, lebt aber schon eine Weile in Potsdam.

Edith Altenkirch

Wußten Sie schon?

Über Armut:

Mehr als tausend zweihundert Millionen (1,2 Milliarden) Menschen haben weniger als 1 Dollar pro Tag zur Verfügung, das ist im Schnitt jeder fünfte Mensch auf dieser Welt. Mindestens 800 Millionen Menschen sind sogar vom Hungertod bedroht und etwa 862 Millionen Menschen sollen sogar an chronischer Unterernährung leiden.

Dafür hat die Zahl der Superreichen erstmals die 1000er- Marke übersprungen. Weltweit gibt es mittlerweile 1126 Milliardäre. Ihr Gesamtvermögen beträgt etwa 4,4 Billionen (!) Dollar. Deutschland hat 49 Milliardäre und wird in der Anzahl nur von Russland und den USA übertroffen. Desweiteren hat es Deutschland inzwischen auch auf 826000 Millionäre gebracht. In der BRD werden jedes Jahr, was zwar wenig bekannt, aber aufschlussreich ist, über 30 Milliarden Euro allein für die Rüstung ausgegeben.

Soziales:

Frauen sind Geringverdiener in dieser Gesellschaft. Sie bekommen im Durchschnitt 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Der EU-Durchschnitt beträgt 15 Prozent,

nur in Estland, Zypern und der Slowakei seien die Unterschiede noch größer. Dies werde als Diskriminierung eingestuft und als Skandal betrachtet. Strafen werden bei Verstößen, weil sehr gering, kaum ernst genommen. Deutschland ist übrigens bereits 2007 vom EU-Sozialkommissar wegen der großen Ungleichbehandlung gerügt worden. Gefordert wird gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Politik hält sich, was kaum verwundert, für nicht zuständig.

Laut Einigungsvertrag sollten eigentlich alle Ausnahmen, also auch die unterschiedlichen Rentenberechnungen zwischen Ost und West am 31.12.1995 beendet sein. Die Parteien der alten BRD dürften nie im Ernst daran gedacht haben, dem auch nachzukommen. Nach statistischen Berechnungen wird, wenn das gegenwärtige Angleichungstempo so bleibt, es noch 130 bis 160 Jahre dauern, bis ein Gleichstand zwischen Ost und West erfolgt ist. Das heißt: Ostrentner bleiben auch nach über 100 Jahren Rentner zweiter Klasse, obwohl sie die Folgen des Zweiten Weltkrieges genauso beseitigt haben.

W.Weise

Die Macht der Medien

Wer nutzt nicht die Medien um sich über die Entwicklungen in seiner Umwelt zu informieren? Es gibt wohl niemanden, der dies von sich behaupten kann. Ist unsere Welt doch so kompliziert und miteinander vernetzt, direkt und indirekt voneinander abhängig wie nie zuvor. Daher hat die Rosa - Luxemburg - Stiftung am 19.06.2008 eine Veranstaltung mit Dr. Frank Schubert organisiert. Sie stand unter der (sehr langen) Überschrift „Medien in sozialen Auseinandersetzungen - neoliberale Ideologie und Allmacht des Medienapparates?“ . Die meisten politischen Themen werden von den Medien in die Diskussion gebracht. Dabei werden sie gleich bewertet und je nach erwünschtem Effekt zurechtgemacht. So wird oft aus Dingen, die üblich sind ein Einzelfall gemacht.

Interessante Details aus dieser Veranstaltung können Sie in dem nachfolgenden Abschnitt „Wie manipuliert wird?“ nachlesen.

Dr. Schubert nannte auch einige Medien, in denen seriös gearbeitet wird. Genauer findet man dazu am einfachsten im Internet unter www.medienverantwortung.de .

Jetzt macht die Rosa - Luxemburg - Stiftung erst mal Sommerpause und die nächste Veranstaltung ist für den 18.09.2008 geplant.

Wie manipuliert wird

Das beginnt bereits mit der Auswahl und Bezeichnung von Begriffen, die Tatsachen oder Vorgänge vernebeln oder gar verdrehen. Wer zum Beispiel das Wort „Kaufkraftverweigerung“ benutzt, verhöhnt im Kern die vielen Menschen, die mit leeren Geldbeuteln sich nichts kaufen können. Ein anderer Tatsachen verschleiender Begriff ist zum Beispiel „Rückbau“ für Abriss von Wohnblöcken.

Oder der die unwahren Ursachen vernebelnde Hinweis, bei ständig steigenden Erzeugerpreisen einfach zu wechseln, weil das in der Regel und im Kern nicht weiter hilft. Zum Schein wird dann das Kartellamt zitiert, das dafür zuständig sei, sich aber letztlich auch nur als zahloser Tiger erweist.

Oder es wird ein Vorgang, der zufällig in die Öffentlichkeit gespült wird und eigentlich zum System gehört, als Einzelfall bezeichnet, wie zum Beispiel die Telekom-Bespitzelung oder die Bespitzelung der Verkäufer bei „Lidl“. Solche Vorkommnisse sind weder Ausnahmen noch Einzelfälle, sondern syste-

mimmanent.

Ein anderer Trick ist eine Kampagne, die sich „Du bist Deutschland“ nennt und suggerieren soll, dass jeder nicht nur seines Glückes Schmieds sei, sondern bei Arbeitslosigkeit zumeist auch selber die Schuld trage. Es ist der hinterhältige Versuch, damit gesellschaftliche Gebrechen unsichtbar und den Einzelnen dafür verantwortlich zumachen.

Generell ist festzustellen, dass es sehr schwer ist, sich in der allumfassenden Meinungsmanipulation der bürgerlichen Medien ein objektives Urteil zu bilden. Das hat auch damit zu tun, dass die Informationen lückenhaft und gefiltert sind, dass deutsche Journalisten bei Interviews sich wie Weicheier benehmen, die kaum nachfragen, so dass der Interviewpartner letztlich Farbe bekennen muss. Zum anderen steht bei Talksendungen in der Regel schon vorher fest, wie die Botschaft zu sein hat, die dem Zuschauer präsentiert wird. Bei Aufzeichnungen kann man sogar noch unliebsame Passagen kurzerhand heraus schneiden.

Etwas gegen diese ausgebufften Tricks und Manipulationsversuche zu tun, ist schwierig. Zum Beispiel kann man mittels Leserbriefe seine andere Meinung zum Ausdruck bringen. Überhaupt geben Leserbriefseiten in den meisten Fällen die wirkliche Meinung des Volkes wieder und nicht, was bürgerliche Autoren im Dienste ihres Arbeitgebers so verfassen.

Sich dagegen alternativ zu informieren ist sogar noch schwieriger. Dazu gehören die Tageszeitungen „Junge Welt“, „taz“, „Neues Deutschland“, die Wochenzeitungen „Freitag“, aber auch verschiedene Bücher, zum Beispiel von Jürgen Bertram, Walter van Rossum („Meine Sonntage mit Sabine Christiansen“ u. „Die Tagesshow“, die der Autor gnadenlos zerpfückt). Weiter gehören zu den alternativen Autoren Gabriele Krone-Schmalz, Dieter Klein und Hannes Heer.

Beim Fernsehen sollte man mehr deutschsprachige Sender aus den benachbarten Ländern einschalten, wie der Schweiz, Österreich oder den deutsch-französischen Sender „arte“, zum Teil auch „Phönix“, die sich zumindest in Ansätzen um Glaubwürdigkeit bemühen.

Grundsätzlich gilt aber, dass der Grossteil der Bundesbürger der professionellen Meinungsmanipulation nicht gewachsen, sondern, im Gegenteil ihr hilflos ausgesetzt ist, vielleicht nicht mal ahnt, dass sie kräftig ausgetrickst werden.

Ralf Nethe/ Wilfried Weise

Leserbriefe

Das VI. Kinder- und Familienfest im Waldcafé – ein tolles Erlebnis

Am 01.Juni 2008, pünktlich um 10.00 Uhr begann das VI. Kinder- und Familienfest bei herrlichem Wetter im Waldcafé Görden. Die Bundestagsabgeordnete Diana Golze, Schirmherrin des Festes und die Moderatorin Rosi Musehold gratulierten den Kindern zum Internationalen Kindertag und stellten das Programm vor.

Den ganzen Tag gab es ein buntes Programm für Jung und Alt. Unter anderem stellten die Schülerinnen und Schüler der Koreanischen Sportschule CHAE ihr Können unter Beweis. Für die sportliche Ertüchtigung der Gäste war ebenfalls gesorgt, diese konnten an den Ständen Sackhüpfen, Tore schießen, Eierlaufen, malen und basteln.

Am Nachmittag traten die Tanzgruppe der Volkssolidarität, die Gladiatorenschule und die Gruppe Phönix auf. Organisiert wurde dieses Fest von ehrenamtlichen Helfern der Basisorganisation (BO) Görden I der Partei DIE LINKE, dem Stadtvorstand der Partei DIE LINKE, der Gruppen der Volkssolidarität des Stadtteils Görden, der Partei PSGAD; der BAS und vielen anderen Helfern, die in einem Festkomitee zusammenarbeiteten.

Unterstützt mit finanziellen Mitteln, Preisen und Kuchen haben der Landtag der LINKEN, die Mozartapotheke, die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel und viele

andere. Ihnen gilt unser herzlicher Dank.

Wir danken der BO INN der Partei DIE LINKE, die mit dem Kremser Kinder aus dem Asylbewerberheim in der Flämingsstraße zum Fest brachte.

Auch dem Gaststättenpaar Köprücū danken wir für ihre Unterstützung.

Dank auch allen Bäckerinnen und Helfern, die den ganzen Tag über mit den Kindern spielten, sangen und für sie sorgten.

Als Gäste waren u.a. zum Fest erschienen: René Kretschmar, Vorsitzender des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE und der gesamte Stadtvorstand; Jürgen Barz der Vorsitzende der BO Görden I; der Mitarbeiter unseres Landtagsabgeordneten Bernd Müller; Kerstin Huch, Vorsitzende des Behindertenbeirates und Vorsitzende des Stadtverbandes der Volkssolidarität; Vertreter der Redaktion; die Vorsitzende der BO INN der LINKEN Heidi Hauffe, und Hartmut Kühne, Vorsitzender der PSGAD.

1000 kleine und große Besucher sagen danke und freuen sich auf das VII. Kinder- und Familienfest im Jahre 2009.

Rosi Musehold

Zum Wahlprogramm der CDU

Es mutet schon kurios an, wie sich die Vorreiter der CDU im beginnenden Wahlkampf gebärden. Allen voran die Oberbürgermeisterin, die mit dem Versprechen Oberbürgermeisterin für alle Brandenburger sein zu wollen ins Amt kam und heute die Kommunalwahlen am 28. September 2008 indirekt auch als Wahl der Oberbürgermeisterin bezeichnet.

Dabei steht sie im eigentlichen Sinne überhaupt nicht zur Wahl. Denn im Falle der Annahme ihrer Wahl zur Stadtverordneten müsste sie auf das Amt der Oberbürgermeisterin verzichten. Da sie das mit Sicherheit nicht tun wird, ist ihre Kandidatur unredlich und eine Irreführung der Wählerinnen und Wähler.

Darüber hinaus schmückt sich die CDU auch gern mit fremden Federn.

Einige Beispiele: Die erweiterten Zuschüsse zur Essensversorgung für Kinder aus einkommensschwachen Familien kamen auf eine Initiative der LINKEN zustande. Die Innenstadt hat auch nicht die CDU saniert – weder Straßen noch Häuser, die oft in Privatbesitz sind. Das Bürgerhaus in Hohenstücken ist ein Projekt aus dem Bereich der Beigeordneten Birgit Hübner. Gegen die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes hat sich die CDU

noch in diesem Frühjahr mit Händen und Füßen gewehrt – es wurde von der Fraktion der LINKEN eingereicht. Nun will die CDU es in der nächsten Legislaturperiode „vorantreiben“. Die städtische CDU will Ganztagschulen gefördert haben. Das liegt aber gar nicht in ihrer Hand – das ist Sache des Landes. Den Zuschlag für die Ausrichtung der Buga 2015 in der Havelregion hat nicht die CDU allein erhalten.

Diese Aufzählung ließe sich noch fortsetzen. Bis hin zur Behauptung dieser Partei, sie habe den Masterplan der Stadt – mit Bürgerbeteiligung – allein erarbeitet.

Nachzulesen sind diese Unwahrheiten und Anmaßungen übrigens im Wahlprogramm der CDU.

Dort finden sich auch markige Formulierungen wie z.B. „Schicksalswahl“, „Blockadeabsichten“, „Wir sind wieder wer!“, auf die man besser verzichten sollte!

Wahlkampf muss meiner Meinung nach auf einer sachlichen Ebene stattfinden.

Jeder kann sein Angebot unterbreiten und der Wähler soll entscheiden.

(Kleine Anmerkung: Auf der home-page des CDU Kreisverbandes ist vom Zukunftsplan 2008-2013 zu lesen! Alle Achtung! Das ist echte Zukunftsplanung.) H.H.

Termine

Öffentliches Frühstück, 20.08 und 17.09, jeweils 9.30 – 11.00 Uhr
Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Altstädt. Markt 2

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE
LINKE am 08.09 und 22.09, jeweils um
18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

03.09.08 Wahlkreistag der Bundes-
tagsabgeordneten Diana Golze
Bürgersprechstunde ab 14.30 Uhr

*Wir gratulieren allen
unseren Mitgliedern
und Sympathisanten,
die in diesem Monat
Geburtstag haben, und
wünschen ihnen alles
Gute!*

Stadtvorstandssitzung, 28.08.08 um
18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

09.09 Beratung der BO-Vorsitzenden um
17.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-
Stiftung: Mittwoch, 18.09. um 17.00
Uhr, Fontane-Klub

20.08. 19.00 Uhr BO INN im Café
Undine am Altstädtischen Markt

16.08. 14.00 Uhr – 22.00 Uhr
„Höfefest“; Innenhof Geschäftsstelle

20.08. um 17.00 Uhr AG Politische
Bildung Geschäftsstelle Altstädt. Markt

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
Fax: 0 33 81 - 22 99 61
Internet: www.dielinke-stadt-brb.de
E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel

V.i.s.d.P.: René Kretzschmar

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung
und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion
übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht
zur auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften vor.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss: 30. August 2008